

Reichsreferative gegen Volksentscheid

Die sächsischen Industriellen fordern Verbot der KPD und des RZD

Ausnahmezustand über Sachsen

Seit Wochen wird vom Verband Sächsischer Industrieller eine neue systematische Hege gegen die Kommunistische Partei in Sachsen organisiert. Es handelt sich dabei um genau dieselben Kreise, die im Jahre 1923 durch ihre Publikationen in dem Verbandsorgan der sächsischen Industriellen, der „Sächsischen Industrie“, die politische Vorbereitung für den Reichswahlkampf in Sachsen nach Sachsen organisiert haben. Die neue Hegekampagne wird gemeinsam von Deutschnationalen und Deutscher Volkspartei organisiert und finanziert. Dabei haben die gleichen Leute ihre Hände mit im Spiel, die anlässlich des sächsischen Volksopfer-Standals als Betrüger und Hehler vor Gericht bloßgestellt wurden.

Die Anfrage der Deutschen Volkspartei im Landtag an die sächsische Regierung über die „kommunistischen Unruhen“ in Sachsen bringt eine ganze Viste von Verleumdungen gegen die Kommunisten. In der Anfrage fehlt natürlich auch die angeblich von Roten Frontkämpfern durchgeführte Brandstiftung in der Räckerschen Polizeistation nicht. Nachdem es den Herrschenden nicht gelungen ist, das Mitteldeutsche Treffen zu verhindern, wollen sie jetzt einen Streich gegen die Volksentscheidsbewegung in Sachsen durchführen. Von der Reichsregierung werden das Verbot der Kommunistischen Partei und des Roten Frontkämpferbundes gefordert. Zu diesem Zweck wird die Reichsregierung von den sächsischen Industriellen und den kapitalistischen Parteien regelmäßig mit „Material“ über die kommunistische Bewegung in Sachsen versorgt.

Die deutschnationalen Dresdner Nachrichten veröffentlichten am 30. August einen neuen Hegeartikel mit der Überschrift „Vorbereitung zum Bürgerkrieg“. In diesem Aufsatz wird die Führertätigkeit des Roten Frontkämpferbundes im Zeltlager auf der Dittersdorfer Höhe herangezogen. Ferner wird auf die Verfassungskonferenz der Chemnitzer Industriellen hingewiesen, in der die jugendlichen Arbeiter gegen den neudeutschen Imperialismus mit Recht aufgetreten sind. Es wird gefragt, ob man sich denn in Dresden oder Berlin überhaupt eine richtige Vorstellung von den verheerenden Wirkungen der kommunistischen Zerkleinerung machen. Am Schluss des Artikels heißt es:

„Starke Agitationsarbeit hat der kommunistischen Partei auch die Panzerkreuzerangelegenheit geliefert. Die Regierungen in Dresden und Berlin könnten gerade in Chemnitz und dem dazugehörigen politischen Kreis den höchst bedenklichen Erfolg der staatsfeindlichen kommunistischen Agitation feststellen. Der Zerkleinerungsprozess ist so weit fortgeschritten, daß er durch örtliche Maßnahmen nicht aufgehalten und beseitigt werden kann. Auch die sächsische Landesregierung hat keine genügenden Handhaben, um dem Unheil erfolgreich entgegenzutreten zu können. Es ist Sache des Reiches, sich von den tatsächlichen Stand-der-Dinge zu überzeugen und die notwendigen Maßnahmen zu treffen. Was zu tun ist, muß bald getan werden. Die Ereignisse könnten sonst stärker werden als die Reichsregierung.“

In dieser Meldung der Dresdner Nachrichten veröffentlicht das Volksopferblatt in Chemnitz eine Erklärung, nach der über die kommunistische Bewegung regelmäßig Spitzelberichte an das Ministerium in Dresden geschickt worden seien. Diese Berichte seien auch von der sächsischen Regierung an die Reichsregierung weitergeleitet worden.

Bekanntlich hat Herr von Reudell, der Reichsinnenminister des vergangenen Bürgerkriegs, noch kurz vor seinem Rücktritt die Absicht gehabt, den Roten Frontkämpferbund zu verbieten. Der Plan ist damals am energischen Widerstand der Arbeiterklasse gescheitert. Die in dem Rückzugsmandat der Reichsregierung damals vorgebrachten Einwände gingen dahin, daß noch nicht genügend Material vorhanden sei, das ein solches Verbot im gegenwärtigen Moment rechtfertige. Um jetzt den Boden für das Verbot vorzubereiten, und die bürgerlichen Parteien eifrig am Werke, das gewünschte „Material“ herbeizuschaffen. Dabei wird wiederum an die Reichsregierung appelliert, mit einer neuen Reichsreferative gegen die sächsische Arbeiterklasse aufzutreten. Die politischen und ideologischen Vorbereitungen eines solchen Verbotfalls auf das sächsische Proletariat ähneln auf ein Haar denen vom Jahre 1923.

Der Sinn dieser neuen Kommunistenhege ist klar. Hat doch in Sachsen die Bewegung für den Volksentscheid sofort die breiten Arbeitermassen mitgerissen. Unter dem Druck der sozialdemokratischen Arbeiter haben die Leipziger und Planener SPD sich für den Volksentscheid erklärt. Das sind die beiden einzigen Organisationen der SPD in Deutschland, die sich für den Volksentscheid ausgesprochen haben. In den sächsischen Betrieben und Gewerkschaften hat die Volksentscheidskampagne der Kommunistischen Partei ebenfalls den besten Boden gefunden. Es ist klar, daß im Verlaufe dieser Bewegung eine weitere Radikalisierung und Linkswendung der Arbeitermassen erfolgen muß. Das aber ist es gerade, was die Bourgeoisie fürchtet. Dabei beobachtet sie, daß die zentralistischen Führer in Sachsen keine hinreichende Garantie mehr sind für den Abmarsch der sozialdemokratischen Arbeiter in das Lager des Kommunismus. Deshalb der Ruf nach der Reichsreferative gegen das sächsische Proletariat.

Die sächsische Arbeiterklasse muß dieses Signal verstehen. Neue ernste Gefahren stehen bevor. Mit allen Kräften muß an der Herstellung der Einheitsfront gegen diesen Streich der Bourgeoisie gearbeitet werden. Gemeinsame Verteidigung der proletarischen Klasseninteressen ist das Gebot der Stunde. Der Kampf gegen die Panzerkreuzerregierung und gegen die Kollisionspolitik muß auf der ganzen Linie

verschärft werden. Das beste Mittel zur Mobilisierung aller Ausgebeuteten gegen die sächsische Bürgerkriegsregierung, gegen die Hege zum Einmarsch der Reichswehr in Sachsen, sowie gegen die Panzerkreuzerpolitik ist die geschlossene Teilnahme aller Großbetriebe und Gewerkschaften an den Arbeiterkomitees gegen Panzerkreuzer und Kriegsgefahr.

Einberufung des SPD-Parteiaussschusses

Berlin, 1. September. (Eig. Drahtmeldung.)

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei hat den Parteiaussschuß für den 11. September nach Berlin einberufen. Der Vorsitz schreibt, daß die Tagesordnung eine Reihe schwebende politische Fragen vorsetzt.

Panzerkreuzer-Parteitag

Eine ganze Reihe von „Linken“ Zeitungen und Organisationen der SPD, haben die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages gefordert.

Mit dieser „Forderung“ wollten sie die Mitglieder „beschäftigen“, um Zeit zur Abweglung zu finden. Aus der Berichterstattung der Wiener Arbeiterzeitung und einiger deutscher SPD-Blätter wählte jedermann, daß der Parteivorstand und der Parteiaussschuß die Einberufung eines Parteitages ausdrücklich und kategorisch abgelehnt haben.

Auf die Forderungen der Organisationen und der Arbeiterpreise natürlich die „Instanzen“, sogar die ganz allgemein geforderte Einberufung des Reichstages haben sie einfach ignoriert. Aber jetzt scheint sich die Lage doch etwas zu verändern. Ein frommes Parteivorstandsbüro, die Duisburger Volksstimme, die streng die offizielle SPD-Linie hält, verlangt nämlich ebenfalls die Einberufung eines Parteitages, und zwar zu dem Zweck, energische Maßnahmen gegen die „Linken“ zu ergreifen!

Panzerkreuzer unter dem Sowjetstern

Perkus entlarvt die Volkszeitung

In großen Lettern schreibt die gestrige Ausgabe der Volkszeitung ins Land: „Panzerkreuzer unter dem Sowjetstern!“ Endlich hat sie das erlösende Ablenkungsmandat durchzuführen können. Mit Hilfe einer lachenden Führer- und Funktionärgruppe verließen sie die Diskussion ihrer empörten Mitglieder von den Panzerkreuzern des kapitalistischen Russland und ihrer Wirtschaftspolitik abzuweichen auf die Sowjetpanzerkreuzer der proletarischen Sowjetunion. Man muß sich darüber klar sein, daß durch den starken Organisationsapparat der SPD und besonders durch die raffinierte „Linksoption“ der sächsischen Führer diesem Verwirrungsmanöver eine breite Basis gegeben ist, der man sofort zu Leibe gehen muß, will man nicht, daß die Bourgeoisie bei ihren Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion noch Geschäfte durch die sozialdemokratische Agitation machen kann. Zunächst einmal muß klar erkannt werden, daß dieses Ablenkungsmanöver der Parteivorsitzungsarbeiten des proletarischen Russland die in jüher Aufklärungsarbeit vorstehenden Kommunisten hemmen und abbringen soll von der Diskussion über die grundsätzliche Bedeutung der Panzerkreuzerbewegung im kapitalistischen Deutschland durch sozialdemokratische Minister. Somit muß zugleich die Frage der Stellungnahme der Arbeiterklasse zum bürgerlichen Staat und zur kapitalistischen Wirtschaftspolitik aufgerollt werden, denn weil die Sozialdemokratie den kapitalistischen „Wiederaufbau“ Deutschlands bejaht und durchführt, mußte sie auch die Aufklärungspolitik des neuerstarkten deutschen Imperialismus unterstützen. Schon hier heißt es: „Wer A sagt, muß B sagen“. Um so mehr gilt dies von der Zahl der Panzerkreuzer, die noch gebaut werden. Die Diskussion über die Katen ist ebenfalls ein Ablenkungsmanöver der „Linken“. Sie beschwichtigen damit den ersten großen Sturm der Empörung, um mit dem Hinweis auf die Möglichkeit, den Bau des Kreuzers durch die Ablehnung der weiteren Katen verhindern zu können. Und dies ist glatter Betrug, denn die Regierung wird gar nicht über die weiteren Katen die „Erlaubnis“ einholen. Wenn schon „zwangsläufig“ sich aus der Vorlage der Bürgerkriegsregierung die „Pflicht“ der SPD-Minister auf Inangriffnahme des Panzerkreuzerbauens ergab, um wieder „zwangsläufig“ ergibt sich erst die Bewilligung der weiteren Katen. Dasselbe gilt auch für den Bau der B. C. D. Kreuzer. Diese schmerzlichen Schritte der SPD-Führer dienen der Sammlung der verwirrten SPD-Funktionäre, dienen der weiteren Einlösung der Mitglieder und der Täuschung der 9 Millionen, die so unanständig aus den Träumen vom Segen sozialdemokratischer Friedenspolitik gerissen wurden. Und nun, nachdem man verunsichert hat, mit Hilfe der „Linken“ Schreiere die SPD-Mitglieder wieder hoffen zu lassen auf die „Reform“ der SPD und auf die „Einheitsfront“ des bereits im Bau befindlichen Kreuzers, geht die Hege gegen Sowjetrußland los. Sie wurde von der Volkszeitung begonnen mit der Ueberrahme der schmuckigsten sozial-patriotischen Hegeartikel des Berliner „Kulturwart“... Auch und schamlos behaupteten sie: Deutschland ist abgerüstet, Rußland aber rüstet ungerührt. Jetzt zur unrichtigen Zeit erschien jedoch in der Donnerstags-Ausgabe der Volkszeitung ein Artikel des Kapitäns Per-

kus über „Sowjetrußland und Panzerkrieg“, der zwar typisch die ausgesprochen national-pazifistische Einstellung dieses Sozialdemokraten zeigt, dennoch aber eine Widerlegung der Rußland-ausrichtungstheorie der SPD darstellt. „Richtige“ Marineerüstungen der Sowjetunion? Perkus stellt gegenüber:

Der russische Marineetat beläuft sich auf 88 Millionen Rubel — der deutsche Marineetat auf 218,8 Millionen Mark ...

Und — das „aufrüstende“ Rußland hat 140 Millionen Einwohner, umfaßt ein Gebiet von 19.360.000 Quadratkilometer, das „abgerüstete“ Deutschland hat 60 Millionen Einwohner auf 414.000 Quadratkilometer. Welchen Prozentsatz an Marineetat ist höher? Wir sagen damit nicht, daß wir der Meinung sind, daß Rußland nicht seine Verteidigungsmaßnahmen treffen soll angründlich der Kriegstreiberi Englands und aller kapitalistischen Staaten. Das proletarische Rußland muß die Erzeugnisse der Revolution zu verteidigen wissen. Darin muß die Arbeiterklasse der ganzen Welt es unterstützen. Wir stellen aber fest, daß die Dresdner Volkszeitung einen Tag vorher bereits ihre Nummer vom Freitag entlarvt hat. Perkus stellt jedoch weiter fest, daß die Flotte der Sowjetunion nur auf Verteidigung der Küstengebiete eingestellt werde und sagt in bezug auf die Luftflotte wörtlich: „800 Flugzeuge sind allerdings recht wenig für eine Macht wie Rußland.“ Insofern, auch wir sind der Meinung, daß der Arbeiterstaat gerade angefaßt der immer offener zutage tretende n Kriegserüstungen der imperialistischen Staaten die sich zum Angriff gegen die Union sammeln, härter rüsten muß. Denn im Krieg gegen Sowjetrußland wird die proletarische Revolution angegriffen hier soll ein Schlag gegen die Arbeiterbewegung der ganzen Welt geführt werden. Darf da die Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern totenlos stehen, wie ihre „Bourgeoisie“ Waffen schmiedet für diesen heiligen Krieg gegen den Bolschewismus? Und Perkus sagt ja ganz klar bei der Polemik gegen die „Anwendungslosigkeit“ des Panzerkreuzers, daß doch ein deutscher Truppentransport gegen den Osten nicht auf der See, sondern auf dem Lande zweckentsprechend sei!

„Anks Rußland der Feind sein sollte, würde Polen sicher nichts dagegen haben, wenn unsere Truppen durch den Korridor marschieren!“

Charakteristisch ist die absolut bürgerlich-nationale Aburteilung des Panzerkreuzerbauens in der sozialdemokratischen Zeitung: „Wir sind abgerüstet“, „unser Truppen marschieren“ „Worin unterscheidet sich diese Argumentation noch von der der Sozialisten? Auch ich nicht Herr Feldt, Herr Reiche der Reichsminister? Auch ich nicht Herr Feldt, Herr Reiche, diese nationalistische Rußlandhege und diese echt sozialdemokratische Verunsicherungsmanöver? Worin unterscheidet sich die Argumentation der Volkszeitung gegen die Kommunisten grundsätzlich von der Argumentation des „Volksstaat“? Inwiefern bei der Verteidigung der Zustimmung Feldts zum Panzerkreuzerbau? Beide „feindlichen“ Brüder bejahen den kapitalistischen Staat, beide erklären sich identisch mit dem bürgerlichen Staatsapparat, beide sind für eine Wehrhaftmachung, man streift sich nicht nur über seine zweckmäßigere Ausrüstung. Dieser Streit dient schließlich nur dazu, die Klassen über die wahre Uebereinstimmung in der Frage der prinzipiellen Unterstützung der imperialistischen Politik der deutschen Bourgeoisie zu täuschen. Daß sie dabei zur intensiven Rußlandhege greifen (auch Perkus' Artikel ist nur uferlos zum Widerlegen des Schwindels über Sowjetrußland geworden), zeigt, daß sie, wie 1914, als Einzelsticker der Kriegsstimmung der Bourgeoisie dienen. Wir Kommunisten lehnen nicht den Panzerkreuzerbau wegen seiner angeblichen „Anwendungslosigkeit“ ab. Wir kämpfen mit aller Kraft gegen ihn, weil er einen Teil der Rüstungen der Bourgeoisie gegen u i e r Vaterland, gegen das Vaterland der Arbeiterklasse aller Länder, die Sowjetunion, darstellt. Wir rufen gegen diese Kriegspolitik der Bourgeoisie durch Massenmobilisierung der Volksentscheid der Arbeiterklasse in der Werbung für den Volksentscheid an alle heran, die sich gegen den Panzerkreuzerbau, gleich aus welchen Gründen, wenden, so geschickt wie sowohl zur Verhinderung der Stoßkraft der Arbeiterklasse, als auch, um alle vor die Konsequenzen ihrer Stellungnahme zu zwingen und dann den Massen Lage in Auge ihre Gründe darzulegen. Das ist aber nur ein Teil unserer Gegenoffensive. Ebenso wichtig ist im Kampf gegen die Antisowjetunion die Anklärungsarbeit in den Massenorganisationen, die Spaltungssaktion in Gewerkschaften und Sportverbänden, die der Forderung des Massenbewussten Fortschritts des Proletariats von der breiten Masse dienen soll, muß gerade im Hinblick auf diese Kriegserüstungen eine entschlossene organisierte Abwehrhaltung finden. Auch dies dient dem Kampf gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen. Aber der andere Teil des Abwehrkampfes wird nicht von uns, er muß zunächst von unseren russischen Brüdern erledigt werden. Das ist

Die Vorbereitung der bewaffneten Verteidigung des ersten Arbeiter- und Bauernstaates nicht nur durch Verklärung der gegenüber den kapitalistischen Staaten schwachen Flotte, sondern auch durch Verklärung der Kräfte für den sozialistischen Wirtschaftsaufbau. Wir Kommunisten sagen frei und offen: Ebenso wie wir für den Sieg der Arbeiter in unserem Lande und für die Niederlage der Kapitalisten kämpfen, ebenso kämpfen wir für den Panzerkreuzerbau unter dem Sowjetstern gegen die Panzerkreuzer unter schwarz-weißrotdorner Flagge. Und wenn Perkus am Schluss seines Artikels in der Volkszeitung von einem „nützigen Schicksal“ erzählt, daß das deutsche Volk von der BCD-Panzer-Serie verschont bleibe, wenn es schon den Panzerkreuzer A hinnehmen müsse, so sagen wir: Die deutsche Arbeiterklasse wird nicht auf die „Hüte“ des Schicksals warten, um der imperialistischen Kriegspolitik der deutschen Bourgeoisie ein Ende zu bereiten, sondern wird mit eiserner Faust ihr „Schicksal“ selber meistern... und dann werden nicht nur die Herran Kapitäne des Panzerkreuzers A, sondern auch seine Vorgesetzten in den reformistischen Redaktionen die Flage kreichen müssen.

Herr Stinnes verliert den Kopf

Berlin. Der verhaftete Hugo Stinnes jun. erlitt vorgestern abend den bei solch hohen Verhafteten üblichen Nerven zusammenbruch. Im Laufe der Nacht beruhigte er sich jedoch wieder. Die Vernehmung wurde gestern vormittag fortgesetzt. Hugo Stinnes will von nichts gewußt haben. Seine Angehörigen hätten ihn hingeleitet. Die Vernehmung widerlegt einen Teil der von der Verteidigung vorgestern abend abgegebenen Erklärung. Während die Verteidigung behauptet, daß es sich nur um 400.000 Mark Altbau gehandelt habe, ist in Wahrheit der Betrag, um den das Reich geschädigt worden wäre, etwa 2 Millionen. Die Verteidigung hat auch 13 gegen 14 Uhr nicht gemagt, einen Haftentlassungsantrag einzurichten. Der Privatsekretär von Waldow wurde aus der Haft entlassen.

Die Verhaftung ist allzu spät erfolgt. Denn bereits seit etwa einem Jahre war der Anklagebehörde ein Teil der Devisen bekannt. Hugo Stinnes hatte also genügend Zeit, um auf seinen zahlreichen Auslandsreisen belastendes Material beiseite zu schaffen. Die Justiz der preussischen sozialdemokratischen Koalitionsregierung hat Stinnes in einer Art und Weise gefolgt, wie sonst wohl keinen gewöhnlichen Sterblichen, obwohl es sich um eines der gemeinsten Verbrechen handelt. Die bürgerliche Presse teilt heute morgen mit, daß es dem Untersuchungsrichter außerordentlich schwer gefallen sei, Stinnes zu verhaften. Das gegen ihn vorliegende Material, muß also geradezu ungeheuerlich sein.

Warum nur Stinnes?

Als der Parteivorstand der SPD auf dem Göttinger Parteitag die Erklärung abgab, Stinnes sei kein schwarzer Mann, war das damals noch eine politische Notwendigkeit für die SPD. Gegen den Willen des alten Ganoven gab es keine Große Koalition. Der Alte räumte die öffentlichen Kassen wie die Taschen der Proleten, wie die Sparguthaben des gesamten Mittelstandes aus, und es hing von ihm ab, wer an diesem Staatsverbrechen beteiligt werde und wer nicht.

Der alte Hugo war ein großer Mann. Jetzt haben sie den jungen Hugo eingelocht. Wegen einer Sache, die wohl so ziemlich alle gemacht haben, die dazu gehören, zu den realen Trägern der demokratischen Republik. Ausgerechnet den einen lassen sie einsperren.

Warum nur Stinnes? Die anderen sind ja so klein. Die anderen sind ja so klein.

Man sagt, die Banken hätten so gewissermaßen aus Rache für die Demütigungen, die ihnen der alte Hugo in der Zeit der goldenen Sachwerte und der papierenen Geldwerte zugefügt hatte, die Stinnes und ihren Konzern geschädigt.

Sicher war es auch ein sehr lukratives Geschäft nach dieser erheblichen Waise.

Aber die Banken — was sind die Banken — was waren sie selbst in der Deflationstriebe, die dem Reichkapital eine besonders starke Stellung gab? In der Epoche des monopolistischen Finanzkapitals kann zwar bei großen Erschütterungen das spezifische Machtgewicht sich zwischen Geld- und Industriekapital, also zwischen den Zins- und Profitkapital, hin- und herbewegen, aber nicht so entscheidend. In dem Maße, in dem gerade die Verfestigung der direkten Kapitalarten, die ein Zusammenrücken und Verschmelzen der Einkommen aus Zins, Unternehmensgewinn, Händlergewinn und Grundrente ausbildet.

Es waren also offenbar nicht die Banken, sondern eben das Finanzkapital, die Industrie- und Bankkapital, die die Schöpfung des Stinneskonzerns vollzogen, wenn auch die Abwicklung dieses Gewerbes die Banken in den Vordergrund schob.

Die jungen Herren hatten immerhin noch ein Jagdgebiet geerbt und den ausgeprägten Instinkt dafür, wo Was zu holen ist.

Aber fortlaufend kriegten sie eins mit dem Knäppel auf die Schnauze, wenn sie an die allgemeinen Antierträge heran kamen. Der eine, der Aga-Ramm, Edmund, verlor in seiner Angst mit Aktiven sich die Arbeiterklasse zu fördern, um aus dem Schlamassel herauszukommen. Aber die Proleten mochten die Aktien nicht und Edmund flüchtete nach USA... wohl in der Annahme, da humanere Konjunktur zu finden.

Der Hugo, offenbar mehr dem Alten nachgeraten, ließ nicht locker und geschäftete weiter, wie man sagt, mit starkem Gehirne. Aber ist der Trost auch lang, der Säure sind immer zuviel. Man hat ihn „erledigt“. Das kann nicht gegen den Willen der Kohlen- und Eisenerzminen geschehen sein.

Das ist aber alles nicht so wichtig, nicht so interessant. Interessant wäre, wenn man die anderen auch alle einmal ein bisschen einsperren würde. Wie würde das sein...

Das deutsche Volk ohne „Wirtschaftsführer“! Es könnte sich seinen Dreck alleine machen. Aber die Herrschaften werden sich nicht einlösen. Das überlassen sie dem Proletariat.